

RUND UM DEN ROLAND

SPD-INFORMATION FÜR BAD BRAMSTEDT

Nummer 2/88

Herausgegeben vom SPD - Ortsverein Bad Bramstedt

14. Jahrgang

Ein neuer Anfang für Schleswig-Holstein

4.5.88

Liebe Mitbürgerinnen!
Liebe Mitbürger!

Nach den bedrückenden Vorfällen um die Kieler-Affäre bekommt Schleswig-Holstein durch die Landtagswahl am 8. Mai die Chance für einen Neubeginn. Lassen Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, neue Männer und Frauen in den Landtag einziehen, wählen Sie mit der SPD Björn Engholm zu Ihrem neuen Ministerpräsidenten!

Lassen Sie durch Ihre Stimme für die SPD erkennen, daß Sie die CDU durchschaut haben, die trotz der Überschrift "Politik hat ein neues Gesicht" nichts Neues zu bieten hat und mit den altbekannten Gesichtern aus dem Kabinett Uwe Barschels um Ihre Stimme wirbt.

Zeigen Sie durch Ihre Stimme für die SPD, daß Sie eine klare Entscheidung treffen wollen und Ihre Stimme nicht an die opportunistische F.D.P. verschenken, von der Sie heute nicht wissen können, auf welcher Seite sie morgen stehen wird.

Schleswig-Holstein hat Zukunft. Die SPD will die Chance nutzen und mit Ihnen den Neuanfang für unser Land gestalten. Mit ihrem Regierungsprogramm macht die SPD ein Angebot mit klaren Schwerpunkten



- in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen;
 - in der Jugendpolitik: gleiche Bildungschancen für alle, mehr Vielfalt in der Kultur;
 - in Maßnahmen für einen wirksamen Umweltschutz: vorsorgen, wiederherstellen, schützen;
 - in der Entwicklung einer arbeitsplatzintensiven und umweltfreundlichen Energieversorgung: Ausstieg aus der Atomenergie auf der Grundlage wissenschaftlich anerkannter Sicherheitsstandards.
 - im Eintreten für soziale Gerechtigkeit: Abwehr einer ungerechten Steuerpolitik, Einrichtung des Bürgerbeauftragten;
 - in der Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen: Schaffung eines Ministeriums für Frauen;
- Darum braucht Schleswig-Holstein eine neue Landesregierung. Darum SPD!

Zeit zum Aufklaren

SPD
SCHLESWIG-HOLSTEIN



SPD

WIR STELLEN VOR ...

Heute: Der Landtagdabgeordnete UWE AMTHOR
Kandidat zur Wiederwahl am 8. Mai

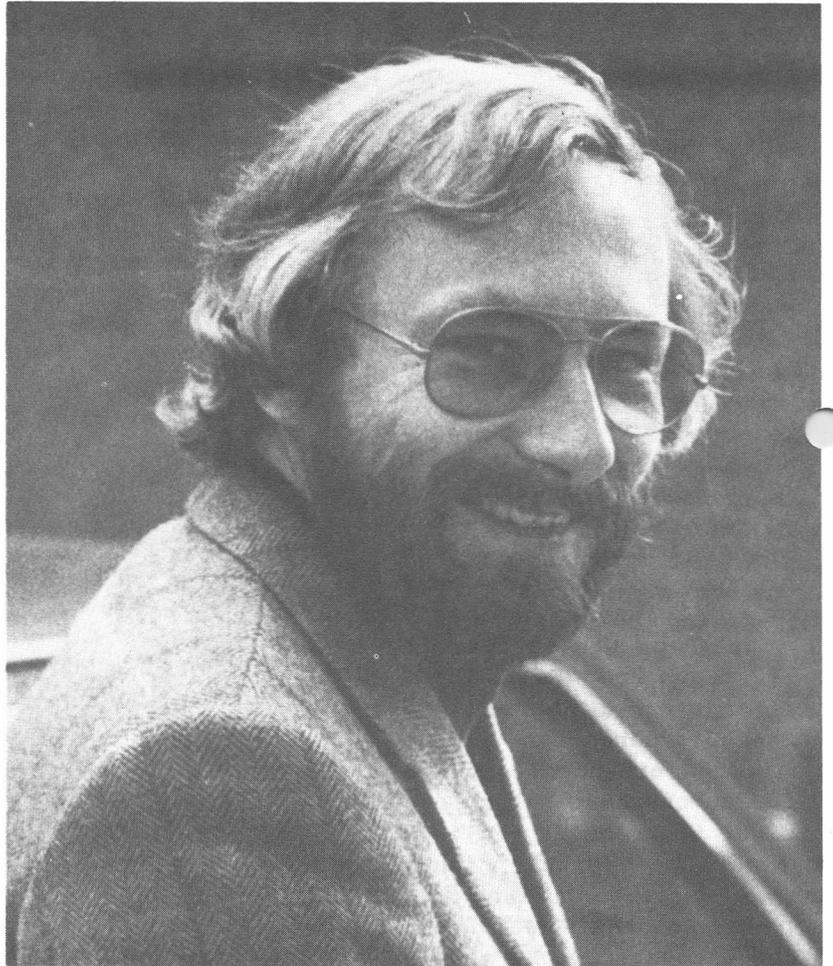
Seit 1983 vertritt Uwe Amthor (43) für die Sozialdemokraten die Bürger des Wahlkreises Segeberg-West im Kieler Landtag.

Nach dem Besuch der Schule (bis zum Abitur) in seiner Geburtsstadt Berlin, in Essen, Hamburg und Niedersachsen verpflichtete sich Uwe A. freiwillig für 2 Jahre bei der »Schule der Nation«. Seinen damaligen Vorgesetzten (u.a. P.K. Würzbach und Hartmut Perschau) gelang es nicht, Uwe A. zu einer längeren Dienstzeit zu bewegen.

Gern erinnert Uwe A. sich an sein Studium (Biologie und Chemie) in - nicht nur an Hochschulen - bewegter Zeit (1967 - 1973). Anzunehmen ist, daß Uwe A. in diesen Jahren das Rüstzeug für seine spätere politische Karriere erhalten hat.

Dem Studium folgten Heirat und Eintritt in den Staatsdienst als Lehrer in Hamburg sowie das Engagement in Gewerkschaft und SPD. Bei seiner Arbeit in unterschiedlichen Funktionen für die SPD hat Uwe A. sich immer an ein Prinzip gehalten: nie mehr als 1 Mandat und ein Parteiamt gleichzeitig zu bekleiden. Zur Zeit widmet er sich neben seinem Landtagsmandat der Führung des SPD-Ortsvereins seines Wohnortes Kaltenkirchen.

Im Landtag ist Uwe A. seit Beginn der laufenden Legislaturperiode Vorsitzender des Sozialausschusses. Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit in Kiel und im Wahlkreis sieht er in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung eines geschlossenen Verkehrskonzeptes und der



Erhaltung des Heidbergkrankenhauses; Gesamtschulen sollen nach seiner Vorstellung dort errichtet werden, wo Eltern und Schulträger dies wollen.

Mit besonderem Interesse beteiligt sich Uwe A. außerdem an der innenparteilichen Diskussion über die mit der Gen-Technik verbundenen Probleme.

Wir Bramstedter Sozialdemokraten wünschen Uwe Amthor am 8. Mai einen guten Erfolg.

(Bodo Clausen)



Zeit zum Aufklaren

SPD
SCHLESWIG-HOLSTEIN

MEINUNG:

Die SPD Schleswig-Holsteins hat mit ihrem Kurs bisher Erfolg gehabt. Seit 1950 haben wir die Zustimmung zur SPD von Landtagswahl zu Landtagswahl steigern können. Am 13. September ist es uns gelungen, die politische Landkarte in unserem Land umzukrempeln. Wir sind mit Abstand die stärkste Partei im Lande. Jetzt kommt es darauf an, am 8. Mai den entscheidenden Schritt zu tun und endgültig die jahrzehntelange Herrschaft der Konservativen zu brechen.

Die Politik in unserem Land braucht kein neues Gesicht: Unser Land braucht eine neue Politik!

Am 8. Mai geht es auch darum, die Folgen des unseeligen Barschel-Satzes von 1974 zu beenden, der bis jetzt wenige Tage vor der Wahl von der CDU konsequent umgesetzt worden ist: „In der Beförderungspraxis muß sichtbar - und zwar geräuschlos - werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen.“ Diese Politik hat dazu geführt, daß bei der Schleswig, der Wohnungsbaukreditanstalt, der Landgesellschaft, der Landesbank, der Wirtschaftsaufbaukasse, der Gewerbeaufsicht, der Jugendstiftung, der Landesanstalt für das Rundfunkwesen, der Landwirtschaftskammer, der Datenzentrale unter den Schul- und Landräten die Führungspositionen mit CDU-Mitgliedern, Sympathisanten und Mitgliedern der Staatskanzlei besetzt wurden.

Dies hat mit die Grundlage für das Milieu geschaffen, in der die Machenschaften Uwe Barschels und Rainer Pfeiffers erst möglich wurden. Es geht am 8. Mai also auch darum, diesen schwarzen Filz zu zerreißen!

Wir kämpfen für klare politische Mehrheiten im Landtag. Wir wollen keine Koalition mit der Partei, die sich selbst nur als »Notausgang für Schleswig-Holstein« bezeichnet, die angetreten war, den »Saustall« in Kiel auszumisten und gleichzeitig versuchte, möglichst viele Posten und Pöstchen im »Saustall« abzubekommen, die sich zur »Regierungspartei« in Kiel erklärte und gleichzeitig die Rechte der Opposition für sich in Anspruch nehmen wollte. Wir wollen am 8. Mai alleine - ohne die F.D.P. - regieren!

Und in Richtung GRÜNE sagen wir: Wer Engholm als Ministerpräsident will, muß Engholm und die SPD wählen. Umwege zum Regierungswechsel enden in einer Sackgasse!

Für den überzeugenden Neuanfang in Schleswig-Holstein stehen Björn Engholm und die Mitglieder seines zukünftigen Kabinetts.

(Uwe Amthor)

*Liebe Jungwählerin,
Liebe Jungwähler,*

In vielen Gesprächen mit Ihnen ist mir immer wieder deutlich geworden, wie problematisch es ist, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Auch in der Schule, an der Uni oder in Jugendzentren und Vereinen gibt es zahlreiche Probleme, die mit Hilfe der Politik besser gelöst werden könnten. Deswegen muß es auch in der Jugendpolitik von Schleswig-Holstein zu grundlegenden Änderungen kommen.

Politiker dürfen keine Versprechungen machen, die sie nicht einlösen können - dieser Überzeugung will ich auch in Zukunft treu bleiben. Wer vor der Wahl den Mund voll nimmt, wird nach der Wahl allzusehr von der Wirklichkeit eingeholt. Den noch kann ich eines zusagen:

Alle jungen Menschen werden die Chance für eine qualifizierte Ausbildung erhalten, damit sie leben und arbeiten können. Wir werden mit der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen endlich Ernst machen. Dies geht nicht über Nacht. Aber zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sollen in einem Bundesland vier wichtige Ministerien von Frauen geleitet werden. Rund ein Drittel der SPD-Abgeordneten werden Frauen sein. Dies sind deutliche Zeichen dafür, daß wir ein anderes Klima schaffen wollen, daß für uns die Gleichberechtigung kein leeres Wort ist.

Björn Engholm
(Björn Engholm)

Zeit zum Aufklaren

SPD 
SCHLESWIG-HOLSTEIN

BAD BRAMSTEDT

FÜR ENGHOLM

Wir fahren Sie zur Wahl!

Telefon: 2705

SPD O.V. Bad Bramstedt



Wer kennt den Zuschlag zum Kindergeld?

Seit 1986 gibt es im Bundeskindergeldgesetz einen neuen Paragraphen. Der lautet: „Das Kindergeld für die Kinder, für die dem Berechtigten der Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes zusteht, erhöht sich um den nach Absatz 6 bemessenen Zuschlag, wenn das zu versteuernde Einkommen des Berechtigten geringer ist als der Grundfreibetrag nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes.“ Mit einfachen Worten gesagt: Erhält jemand Kindergeld und zahlt keine Steuern, kann er einen Zuschlag zum Kindergeld bis zu 46 DM je Kind erhalten.

In der Begründung zum Gesetz ist unter anderem aufgeführt: „Es entspricht der sozialen Gerechtigkeit, anlässlich der zum 1. Januar 1986 vorgesehenen Erhöhung des Kinderfreibetrages des Einkommensteuergesetzes auf 2.484 DM, den Eltern, denen für ihre Kinder Kindergeld und Kinderfreibetrag zusteht, die aber mangels hinreichenden Einkommens den Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können, einen Ersatz in Form eines Zuschlages zum Kindergeld zu zahlen.“

Liebe Leser urteilen Sie nun selbst über die soziale Gerechtigkeit anhand der beiden folgenden kurzen Beispielen:

1. Ein Kind über 16 Jahre ist noch 6 Monate im Jahr in der Ausbildung. Kindergeld wird nur für diese 6 Monate gezahlt. Die Eltern, die ein höheres Einkommen haben, erhalten das Kindergeld und auf Grund des Kinderfreibetrages für das ganze Jahr bei einem angenommenen Steuersatz von 33 % immerhin eine Steuerersparnis von 820 DM. Die Eltern, die wegen ihres geringen Einkommens keine Steuern zahlen erhalten das Kindergeld und den möglichen Zuschlag höchstens bis 276 DM für die 6 Monate.

2. Ein Kind über 16 Jahre ist noch in der Ausbildung. Die Ausbildungsvergütung ist aber so hoch, daß kein Kindergeld gezahlt wird. Der Kinderfreibetrag steht den Eltern trotzdem zu. Steuerzahler haben bei dem angenommenen Steuersatz von 33 % ebenfalls die Ersparnis von 820 DM (je höher der Steuersatz, umso höher auch die Ersparnis). Eltern, die keine Steuern zahlen, haben in diesem Fall keine Vergünstigungen mehr.

Bei der Steuerreform ist von der CDU schon wieder eine Erhöhung des Kinderfreibetrages im Gespräch. Das ist soziale Gerechtigkeit: „Dem Reichen immer mehr Vergünstigungen gewähren – zahlen muß die Masse.“

Die SPD fordert: Abschaffung des Kinderfreibetrages im Steuergesetz und eine Erhöhung des Kindergeldes.

Schleswig-Holstein braucht eine neue Regierung. Durch die dann veränderten Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat kann die neue Regierung Einfluß auf die geplante Steuerreform nehmen. Wählen Sie am 8. Mai SPD.

Und noch ein Tip am Rande:

Alle die, die Kindergeld bekommen und keine Steuern zahlen, sollten sich sofort beim Arbeitsamt erkundigen. Bis zum 30.6.88 ist ein Antrag für 1987 noch möglich. Oder informieren Sie sich bei der SPD, beim SPD-Stadtverordneten Uwe Neumann, Telefon 6063. (neu)

Die letzte Seite

TERMIN E :



5. Mai **DIE MAIKÄFER**
Politik & Musik um
19.00 Uhr im Kaiser-
saal

8. Mai **LANDTAGSWAHL**
die Wahllokale sind
von 8.00 bis 18.00
geöffnet

8. Mai **WAHLPARTY** um
19.00 Uhr im Kaiser-
saal

IMPRESSUM

Verantwortlich: Peter Heintle
Redaktion : Dörthe Jakubzik(ja)
Uwe Neumann (neu)
Uwe Busch (bu)
Sönke Klabunde (kla)
Grafik & Layout: Sönke Klabunde
Anschrift d. Red: Lessingstraße 9
2357 Bad Bramstedt

Wenn Sie Fragen oder
Anregungen haben,
wenden Sie sich bitte
an den
SPD Ortsverein
Bad Bramstedt
Lessingstraße 9
Tel. 23 25

Zeit zum Aufklaren

SPD
SCHLESWIG-HOLSTEIN

